

Wie ist es um die soziale Sicherheit der Werktätigen in der BRD bestellt?

- **Dauerarbeitslosigkeit ist Massenerscheinung**
- **Der Staat betreibt systematisch Sozialabbau**
- **Millionen Menschen von „neuer Armut“ betroffen**

Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU verwies Genosse Michail Gorbatschow darauf, daß es die sich verschärfenden Krisenprozesse des Imperialismus dem Kapital möglichst machen, „zur Gegenoffensive überzugehen und den Werktätigen einen bedeutenden Teil ihrer sozialen Errungenschaften zu nehmen ... Die Arbeitslosigkeit hat alle Rekorde der Nachkriegszeit geschlagen.“ Soziale Unsicherheit, Armut, Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst sind objektive Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Vor mehr als 140 Jahren wies Friedrich Engels in seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ bereits nach, daß die Unsicherheit der sozialen Existenz der Werktätigen einer der Wesenszüge des kapitalistischen Systems ist. Engels stellte die Frage: „Wer verbürgt dem Arbeiter, daß der gute Wille zur Arbeit hinreichend ist, um Arbeit zu bekommen, daß Ehrlichkeit, Fleiß, Sparsamkeit, und wie die vielen von der weisen Bourgeoisie ihm empfohlenen Tugenden alle heißen, für ihn wirklich der Weg zum Glück sind?“

Und Friedrich Engels Antwort lautet: „Niemand. Er weiß, daß er heute etwas hat und daß es nicht von ihm selbst abhängt, ob er morgen auch noch etwas hat; er weiß, daß jeder Wind, jede Laune des Arbeitgebers, jede

schlechte Handelskonjunktur ihn in den wilden Strudel zurückstoßen kann, aus dem er sich temporär gerettet hat und in dem es schwer, oft unmöglich ist, oben zu bleiben. Er weiß, daß, wenn er heute leben kann, es sehr ungewiß ist, ob er dies auch morgen kann.“¹

Wie gesagt: Fast eineinhalb Jahrhunderte sind vergangen, seit dies formuliert wurde. Und doch sind die Bezüge zu wesentlichen Seiten der heutigen kapitalistischen Wirklichkeit unverkennbar. Sie treffen auch voll und ganz auf die imperialistische BRD zu. Trotz eines bescheidenen Wirtschaftswachstums in den vergangenen Jahren sind für Millionen Werktätige dieses Landes soziale Unsicherheit und Angst vor der Zukunft zu ständigen Begleitern geworden. Steigende Profite der Monopolherren und wachsende Ausgaben für die Rüstung, auf der einen Seite und sozialer Abstieg für immer mehr Werktätige auf der anderen Seite machen deutlich, im Interesse welcher Klasse in Bonn Regierungsgeschäfte betrieben werden.

Wenn von sozialem Abstieg die Rede ist; dann ist damit ein ganzes Bündel von einschneidenden Reduzierungen und Verschlechterungen gemeint, die in ihrer Gesamtheit die materiellen Existenzbedingungen von immer mehr Werktätigen in der BRD beeinträchtigen. Massenarbeitslo-

sigkeit und Sozialabbau sind ohne Zweifel die Hauptursachen für den zu einer Massenerscheinung gewordenen sozialen Abstieg.

Schon seit Jahren ist in der BRD die Massenarbeitslosigkeit hoch. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag im März 1986 bei 2,2 Millionen. Tatsächlich gibt es in der BRD aber weit mehr Erwerbslose. Die Gewerkschaften sprechen von mindestens 4 Millionen.

Starke Belastungen entstehen für die Werktätigen weiterhin durch einen in den letzten Jahren zugunsten der Rüstung betriebenen Sozialabbau. So wurden durch verschiedene finanzpolitische Maßnahmen des Staates zwischen 1982 und 1985 die Bezüge von Arbeits- und Sozialeinkommen mit zusätzlich 200 Milliarden DM belastet. Die Kürzungen allein am Etat für Arbeit und Soziales betragen zwischen 1982 und 1985 etwa 26,6 Milliarden DM. Die staatlichen Mittel für Arbeits- und Bildungsmaßnahmen wurden allein 1985 um 380 Millionen DM und die für Jugend, Familie und Gesundheit um 524 Millionen DM gekürzt.

Hinzu kommt, daß die Lohnsteuern, die Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung in den letzten Jahren mehrfach erhöht wurden und den höchsten Stand in der Geschichte der BRD erreichten. Zusätzliche Belastungen der Masseinkommen entstanden weiterhin durch steigende Mietpreise, durch Gebührenerhöhungen für kommunale Dienste, für Energie, Beförderungsleistungen im Nah- und Fernverkehr, Tarif erhöhungen der Post und anderem mehr.